

Rede des umweltpolitischen Sprechers

Rainer Deppe

am 28. Februar 2013

Plenum, TOP 4:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)

Gesetzentwurf der Landesregierung; hier Einzelplan 10 (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz), Teilbereiche „Umwelt und Naturschutz“, „Verbraucherschutz“, „Landwirtschaft“

Herr Präsident!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Im Haushalt des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sind für das Jahr 2013 über 170 Millionen € mehr vorgesehen als im Jahr der Regierungsübernahme. Prozentual hat Herr Rempel den höchsten Mittelzuwachs von allen Ministerien erhalten. Gleichzeitig verzeichnet er aber auch den größten Zuwachs an Stellen von allen Ministerien.

Die nachfolgenden Redner werden uns wahrscheinlich wieder etwas von der Umweltüberwachung erzählen, die dringend gestärkt werden musste. Aber wenn es um Mitarbeiterstellen geht, denkt der Minister zuerst einmal an sich selbst.

Seit Amtsübernahme hat der Minister vor allem die Zahl der Referatsleiterstellen in seinem Haus kräftig erhöht. 42 Stellen waren es bei seiner Amtsübernahme, 63 sind es heute – eine Steigerung um 46 %; 46 % in einem Ministerium, und das gerade einmal in zwei Jahren. Da ist dann auch klar, meine Damen und Herren, warum der Begriff „Nachhaltige Haushaltspolitik“ für Sie immer ein Fremdwort bleiben wird.

Eigentlich müsste man ja denken, dass mit solchen Mehrausgaben und einem solchen Personalaufwuchs der Umwelt auch tatsächlich mehr gedient wird. Dies ist aber nicht der Fall. Und das liegt vor allem daran, dass es in Ihrem Haushalt überhaupt keine Schwerpunktsetzung gibt. Alles, was schon immer gemacht wurde, machen Sie weiter, nur teurer. Aber dass irgendeine Aufgabe auch einmal erfüllt ist und deshalb vielleicht auch der Ansatz dafür reduziert werden kann und dafür andere Aufgaben in den Vordergrund rücken, so etwas kennen Sie nicht.

Wir haben dies mit unseren Vorschlägen für den Einzelplan 10 Schwerpunkte gesetzt. So halten wir drei Themenbereiche für vordringlich.

Der eine Bereich ist der Erhalt der Biostationen, der zweite ist der Verbraucherschutz und der Erhalt der Verbraucherzentralen. Für beide Bereiche schlagen wir vor, ähnlich wie wir es zu unserer Regierungszeit gemacht haben, feste Verträge über die Laufzeit einer Wahlperiode mit den Institutionen abzuschließen, damit sie sich darauf verlassen können und Planungssicherheit haben und nicht von Jahr zu Jahr kalkulieren müssen.



Es gilt das gesprochene Wort!

Der dritte Bereich ist der Hochwasserschutz. Den halten wir für unerlässlich und unbedingt förderungswürdig. Hochwasserschutz, meine Damen und Herren, ist die Pflicht des Landes, denn der Staat – und das ist seine Hauptaufgabe – muss seine Bürgerinnen und Bürger zuerst einmal vor Katastrophen schützen können. Von daher sehen wir die Mittelkürzung in diesem Jahr sehr, sehr kritisch.

Aber was uns besonders stört, ist, dass der Umweltminister Geld für Projekte ausgibt, die der Umwelt überhaupt nicht nützen.

So wird der Haushalt von 2012 bis 2015 mit einer halben Million Euro für Öffentlichkeitsarbeit belastet, die ausschließlich dazu dient, den strukturfeindlichen Klimaschutzplan in der Öffentlichkeit zu verteidigen und zu kommunizieren.

Oder nehmen wir das Beispiel Nationalpark. Das ist doch das jüngste Beispiel für Geldverschwendung. Der Nationalpark Teutoburger Wald/Senne ist faktisch beendet. Ich sage Ihnen hier und heute: Es wird nie einen Nationalpark Teutoburger Wald/Eggegebirge/Senne geben.

Er war von Anfang an fachlich zweifelhaft, weil die Senne nicht mit Prozessschutz, sondern nur mit aktivem Eingreifen des Menschen und des Naturschutzes gepflegt und erhalten werden kann.

Nach dem gescheiterten Flächentausch steht jetzt fest, dass es ihn ohnehin nicht mehr geben wird, weil die Akteure, insbesondere die Kommunen vor Ort, diesen Nationalpark überhaupt nicht mittragen. Sie sollten deshalb so schnell wie möglich Abstand von diesem Projekt nehmen, Ihre teuren Werbebüros für den Nationalpark schließen und die dort tätigen Förster wieder für die dringend benötigte Revierbetreuung einsetzen.

Dabei würden Sie eine Menge Geld sparen, und das könnten Sie für echten Naturschutz einsetzen, nämlich 126.000 € im Jahr.

Meine Damen und Herren, die Grünen haben sich doch immer für Transparenz und offene Kommunikation stark gemacht. Was ist eigentlich daraus geworden? – Hinter verschlossenen Türen verhandeln Sie am Eyller Berg in Kamp-Lintfort mit dem Betreiber einer Sondermülldeponie. Dabei lassen Sie die Kommune und die Bürger außen vor und im Ungewissen. Sie nehmen es sogar kommentarlos hin, dass einem frei gewählten Bürgermeister von dem Betreiber ein Maulkorb verpasst wird. – Übrigens ein Kollege der SPD und nicht bei uns beheimatet.

Wir nehmen das Thema Kerosin-See. Da gibt es bei uns in Wesseling die größte Raffinerie Deutschlands. Seit einem Jahr befinden sich dort im Boden durch das Auslaufen eine Million Liter Kerosin. Der Schaden für die Umwelt ist überhaupt noch nicht abzusehen. Und seit einem Jahr wird dieser unterirdische See nur unmerklich kleiner.

Seit einem Jahr wird aber auch die Informationspolitik aus dem Umweltministerium immer geringer. Die Menschen vor Ort werden mit Beschwichtigungen – es würde schon nichts ins Grundwasser gehen – nach wie vor im Unklaren gelassen. Hier erwarten wir eine andere Informationspolitik.

Oder gehen wir in einen anderen Teil des Landes, nach Stemwede. Mit Sorge betrachten die Menschen vor Ort die Vorgänge rund um das Fracking-Versuchsloch in Oppenwehe. Nach wie vor stehen mehrere Tausend Liter Diesel in diesem Bohrloch, und die Menschen fragen sich: Wieso bekommt der Betreiber diesen Diesel nicht heraus?

Von Herrn Rimmel hört man nichts, aber auch gar nichts. Was unternehmen Sie eigentlich, damit der Diesel wieder aus der Erde verschwindet? Wahrscheinlich machen Sie irgendwann wieder den Bund verantwortlich; das ist dann das Einfachste.

Oder reden wir über das Prognos-Gutachten. Darüber haben wir hier eine Debatte geführt. Aber Sie waren nicht bereit, der Öffentlichkeit und dem Parlament den Gutachtenstand bekanntzugeben, sondern haben sich dahinter versteckt, dass die Dinge noch nicht abgestimmt seien.

Über die Schadstoffe im Trinkwasser an der Ruhr, Ihre Verabredung mit den Klärwerken, mussten wir hier sprechen. Sie haben die Öffentlichkeit nicht informiert.

Auch immer dann, meine Damen und Herren, wenn es um Bioprodukte geht, ist die Landesregierung in Bezug auf ihre Informationspolitik sehr zögerlich. Ob es um das gepanschte Bio-Olivenöl aus Italien ging oder den Desinfektionsmittelskandal bei Biokräutern im letzten Sommer – zuerst haben Sie sich wochenlang weggeduckt und dann lapidar erklärt: Es bestand keine Gesundheitsgefahr. Jetzt, beim Betrug mit den Bio-Eiern, hört man von Ihnen überhaupt nichts. Bis heute gibt es keine Presseerklärung. Wenn von Biobetrug die Rede ist, meine Damen und Herren, hört die Öffentlichkeit von Minister Rimmel gar nichts.

Aber immer dann, wenn es um die konventionelle Landwirtschaft geht, ist der Minister auf allen Kanälen unterwegs. Wie viele Interviews, wie viele Sondersendungen hätte es gegeben, wenn der aktuelle Skandal ohne die Beteiligung von Biobetrieben abgelaufen wäre?

Über die verfehlte Landwirtschaftspolitik könnten wir eine lange Debatte führen. Das will ich jetzt hier nicht machen. An dieser Stelle nur so viel: Was Ihnen fehlt, ist die Sachlichkeit in der Agrarpolitik.

Die Politik von Minister Rimmel ist ideologisch geprägt und fern jeglicher Realität.

Meine Damen und Herren, die Kennzeichen Ihres Haushalts sind: ständig neue Ausgaben, massive Erhöhungen von Abgaben – Stichwort: Wasserentnahmeentgelt –, massive Personalvermehrung, abgrundtiefes Misstrauen gegen alle, die in der Natur und mit der Natur arbeiten, und Politik hinter verschlossenen Türen. Transparenz bei den Grünen, das war einmal.

Meine Damen und Herren, mit weniger Mitteln könnte man im Umweltministerium viel mehr erreichen. Das hieße dann aber auch weniger Ideologie und mehr Vernunft. Beides sehe ich bei Ihnen, Herr Minister Rimmel, aber leider nicht.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Rimmel! Sie haben einen Haushalt aufgestellt. Ihre Aufgabe in dieser Debatte ist es, den Haushalt darzustellen und darüber zu debattieren. Was haben Sie gemacht? Sie haben zu diesem Haushalt kein Wort gesagt. Die Frage nach den Referatsleitern haben Sie natürlich nicht beantwortet, was schon unangenehm ist: 46 % Steigerungen bei den Referatsleitern – und die Stellen wahrscheinlich überwiegend mit Grünen besetzt. Das ist ein neues Thema, das man aufmachen könnte, nämlich die Personalvermehrung bei Ihnen. Dazu haben Sie nichts gesagt.

Stattdessen stellen Sie sich hierhin und fragen die Opposition. Wir können die Fragen beantworten. Dann wären wir aber Regierung.

Herr Rimmel, Sie sind in Wahrheit nach wie vor ein Oppositionspolitiker. Deshalb bekommen Sie auch nichts geregelt. Aus diesem Grunde scheitern Sie bei einem Projekt

nach dem andern. Sie haben die ganze Szene aufgemischt. Letztlich haben Sie aber nichts erreicht. Wir werden nachher darauf noch einmal kommen.

Ich möchte noch darauf eingehen, was Sie zum Thema Pferdefleisch – wir konnten nicht alle Themen ansprechen – sagen. Natürlich ist das Betrug, wenn Rindfleisch verkauft wird, wie drauf steht, und Pferdefleisch drin ist. Aber ist genauso Betrug, wenn den Menschen Bio-Öl, Bio-Pflanzen, Bio-Eier verkauft werden, obwohl die Produkte konventionell erzeugt sind. Das Dumme ist nur: Dazu sagen Sie nichts.

Gucken Sie auf die Homepage Ihres Ministeriums! Keine einzige Erklärung zu dem aktuellen Bio-Eier-Skandal. Da sind Sie stumm. Das ist das, was wir Ihnen vorwerfen. Sie messen mit zweierlei Maß. Für Sie hat Verbraucherschutz nichts mit objektiver Information der Verbraucher zu tun.

Jetzt möchte ich noch etwas sagen – aber ich habe keine Uhr und weiß nicht, wie lange ich noch sprechen darf – zum Thema Fracking, damit sich nichts Falsches festsetzt. Die Position der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen ist glasklar. Wir waren die Ersten, die dazu einen Antrag eingebracht haben. Das hat Sie übrigens geärgert.

Diesen Antrag haben wir hier beschlossen. Wir brauchen – ich sage es noch einmal – in Nordrhein-Westfalen kein Fracking. Bitte zum Mitschreiben im Protokoll!

Wenn gesagt wird, in Trinkwassergebieten nicht, dann sage ich: Trinkwasser wird nicht nur dort gewonnen, wo Trinkwasserschutzgebiete ausgewiesen sind.

Deshalb hat es überhaupt keinen Sinn, hier in Nordrhein-Westfalen mit Fracking anzufangen. Da ist die Position unserer Fraktion ganz klar. Ich bitte Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen.